

Eine erste Runde über die Abstimmung zum Schweizer UNO-Beitritt : die UNO - was ist das?

Autor(en): **Ott, Heiner**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **64 (1985)**

Heft 12

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340294>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

sein wecken und zu politischem Engagement ermuntern? Wenn die Politisierung gelingt, wird sich das Parteiensystem in der einen oder anderen Weise dem anpassen oder es finden sich Wege der Durchsetzung an den Parteien vorbei. Dabei ist es nicht so wichtig, wer regiert. Als Nixon Präsident war, arbeitete die Bewegung gegen den Vietnam-Krieg genauso weiter wie unter Johnson. Der Unterschied war unerheblich; worauf es ankam, war, die Kosten der US-Aggression zu erhöhen. Das gilt auch für alle anderen Forderungen. Wer immer regiert, er ist immer der Vertreter der einen oder anderen Fraktion einer relativ kleinen Gruppe von Grosskapitalisten; solche Leute sind es gewöhnt, ihre Entscheidungen auf der Basis einer Kostenkalkulation zu treffen. Ein Teil der Kosten ist der Widerstand, der von der Bevölkerung ausgeübt wird. Ich halte persönlich nicht sehr viel von Parteipolitik.

Hanauer: Wie lassen sich die Unorganisierten organisieren? Welche Lehren zieht die Linke und die Friedensbewegung aus den letzten Präsidentenwahlen? Wie gross ist das Potential für soziale Veränderungen in den USA?

Chomsky: Ich glaube, dass die 84er Wahlen weder nach der einen noch nach der anderen Seite hin sehr aufschlussreich waren. Was sie vor allem zeigten, war, dass 47% nicht einmal ge-

nug Interesse aufbrachten, um wählen zu gehen; von den Arbeitslosen ging nur ungefähr jeder Dritte zur Wahl. Die Wahlen zeigten auch, dass 53%, also die Mehrheit, an dem Spiel ihren Spass hatten, vor allem an dem Fernsehspektakel, aber nicht glaubten, dass dabei viel auf dem Spiel stehe. Das ist die wesentliche Botschaft dieser Wahlen. Was die Linke allerdings begreifen muss, ist, dass es in dieser Gesellschaft gärt, und zwar überall. In Wirklichkeit ist in vielen Teilen des Landes die Bevölkerung den linken Führern, was Aktivität angeht, voraus. So entwickelte sich die Sanctuary-Bewegung völlig unabhängig von jeder Einflussnahme durch linke Führungsfiguren. Es gibt Möglichkeiten, aufzuklären, die Leute zu organisieren, Vorurteile abzubauen, in Gruppen aktiv zu werden und auf soziale Veränderungen hinzuwirken. Aber es ist nicht einfach.

Hanauer: Wenn Sie nach Europa blicken und dort vor allem die sozialdemokratischen Parteien, ob an der Regierung oder in der Opposition, im Auge haben, was könnten diese Ihrer Meinung nach gegen die Vorherrschaft der USA in Europa und die Intervention der USA in der Dritten Welt tun?

Chomsky: Sie können eine Menge tun, aber sie sollten bedenken, dass das seinen Preis hat. Die USA sind ein sehr mächtiges und sehr gewalttätiges

Land, das Abweichung nur in engen Grenzen zulässt. Aber bezüglich der US-Einmischung in der Dritten Welt können die Europäer ganz konkrete Schritte unternehmen. Nehmen wir z.B. Nicaragua. Wenn die Europäer den Mut dazu hätten, könnten sie die amerikanische Aggression gegen Nicaragua stoppen: sie könnten das Embargo unwirksam machen, sie könnten den Nicaraguanern die Hilfe geben, die sie benötigen, sie könnten ihnen die Wahlmöglichkeiten eröffnen, die ihnen verwehrt bleiben, wenn die USA sie in die Hände der Sowjetunion treibt. Europa könnte eine Alternative zu der Machtpolitik der beiden Supermächte bieten. Aber ich bezweifle, dass es dazu kommt, weil dies den Konflikt, den die Europäer scheuen, bringen würde. Dennoch: Wenn die Europäer sich zu einer stärker integrierten politischen Einheit zusammenfänden, dann wären sie die dritte Kraft in der Welt. Die Wirtschaft Westeuropas ist immerhin von der Grössenordnung der US-amerikanischen – und etwa doppelt so stark wie die der Sowjetunion, glaube ich –, Europa hat eine Einwohnerzahl, die der der USA entspricht, eine gebildete Bevölkerung usw. Es könnte eine sehr wichtige Rolle in der Welt spielen, wenn es sich aus der Fixierung auf die gegenwärtige Bipolarität der Welt befreien könnte.

Eine erste Runde über die Abstimmung zum Schweizer UNO-Beitritt

Die UNO – was ist das?

Gedanken von Nationalrat Heiner Ott, Münchenstein

Das schweizerische Parlament hat dem UNO-Beitritt zugestimmt. In jedem anderen Lan-

de der Welt wäre damit dieser Beitritt beschlossene Sache. Einzig in der Schweiz bestimmt

die Bundesverfassung, dass der Beitritt zu einer derartigen Organisation einer obligatorischen

Volksabstimmung mit zweifacher Mehrheit (Volk und Stände) bedarf. In der Schweiz allein steht also nach dem Parlamentsentscheid der entscheidende Schlussakt noch bevor. Sicher werden die Augen vieler politisch interessierter und verantwortlicher Menschen in der ganzen Welt an diesem Tage auf unser Land, das diesen einzigartigen Sonderfall darstellt, gerichtet sein.

Zur Situation im Parlament: Der Nationalrat hat als Erstrat mit 112:78 Stimmen, der Ständerat als Zweitrat mit 24:16 Stimmen für den Beitritt entschieden. In den vorberatenden Kommissionen der beiden Räte waren die Mehrheiten für den Beitritt noch grösser gewesen. Dies dürfte daran liegen, dass die Kommissionen durch eingehendere Beratung und durch Hearings mit in- und ausländischen Spezialisten einen Informationsvorsprung hatten. Je besser man über die UNO informiert ist, desto mehr wird man dazu neigen, sie für unerlässlich zu halten und auch eine Zugehörigkeit der Schweiz eher als nützlich denn als schädlich für die schweizerische Identität und die schweizerischen Interessen anzusehen.

Gewiss gibt es eingefleischte Gegner der UNO und eines schweizerischen Beitrittes, die sich schon ein festes Urteil gebildet haben. Z.B. von der Art: es zerstöre oder beeinträchtige die schweizerische Identität, wenn das Land Vollmitglied eines solchen Super-Organismus werde. Solche Stimmbürger werden sich auch in den Monaten, die uns noch von der Abstimmung trennen, kaum durch irgendwelche Informationen oder Argumente umstimmen lassen. Es gibt aber auch Unentschlossene, vielleicht in sehr grosser Zahl, die sich selber eingestehen, dass sie sich noch zu wenig mit dem Thema vertraut gemacht haben und noch ein-

mal genauer fragen müssen, was denn das eigentlich ist, die UNO. Diese werden, je mehr sie von der *wirklichen* UNO wissen, je weniger sie ein Zerrbild von ihr herumtragen, eher geneigt sein, den Beitritt (vielleicht mit gewissen gefühlsmässigen Vorbehalten) schliesslich zu bejahen.

Es kommt in den kommenden Monaten darauf an, welches Bild von der UNO die Schweizer schliesslich haben. Ist es das negative, das sicher (weil ja unsere Information über die UNO meist aus dritter Hand kommt) weit verbreitet ist? Dieses Bild sieht etwa folgendermassen aus: Die UNO ist ein riesiger bürokratischer Apparat, welcher Milliarden verschlingt, aber nichts wirklich leistet. Sie ist ein Kampfplatz, wo sich die Vertreter der Nationen ständig in den Haaren liegen, bissige Reden halten, polemische Resolutionen verabschieden, die im Endeffekt doch nichts bewirken. In der UNO dominieren, dank ihrer grossen Zahl, die Drittweltländer, lächerliche Staaten für unsere Begriffe, die vor kurzem noch Kolonien waren, Länder die sich mit unsern Standards von Staatlichkeit, staatlicher Verantwortlichkeit und von Rechtsstaat überhaupt nicht vergleichen lassen. Diese lassen sich leicht verführen durch kommunistische Ideologien, während die «richtigen» Staaten, wie z.B. die westeuropäischen oder die USA oder Kanada hoffnungslos in der Minderheit sind und nichts ausrichten können. Was soll in einer solchen Gruppierung die Schweiz zu suchen haben? Was kann es ihr nützen, und was kann sie dazu beitragen?

Ideal und Wirklichkeit

Wenn dieses heute noch weitverbreitete Bild von der UNO am Abstimmungstag immer noch vorherrschend sein sollte,

dann werden die Schweizerbürger kaum für einen Beitritt zu haben sein. Nur ist dieses Bild falsch.

Falsch ist allerdings nach meiner Information und Überzeugung auch das gegenteilige Bild gewisser «UNO-Idealisten», welche in der Organisation am East River in New York bereits den verheissungsvollen Anfang eines Weltstaates bzw. einer staatlichen Weltordnung erblicken, die den ewigen Frieden und ein harmonisches Zusammenleben aller Nationen heraufführt. Diese Harmonie im Miteinander der Völker war freilich seinerzeit 1945, als man die Schrecken des Zweiten Weltkrieges hinter sich hatte, das Ideal der Gründer der UNO, wie es auch in der Charta zum Ausdruck kommt. Als Ideal, als ein Ziel, nach dem man sich ausrichtet, bleibt es in Geltung. Aber die Wirklichkeit der Welt von heute ist davon natürlich noch weit entfernt und wird es voraussichtlich noch lange bleiben.

Die Frage, die man in den kommenden Monaten wird diskutieren müssen, lautet also schlicht: *Was ist eigentlich die UNO?*

Ich will versuchen, diese Frage mit einem einfachen Bild zu beantworten: Die Welt ist heute wie ein grosses Dorf. Man kennt sich und weiss voneinander. Was heute am entferntesten Ort der Welt passiert, kann man heute abend in den Nachrichten hören, in der Television sehen, und man findet morgen Kommentare darüber in den Zeitungen. Die Katastrophe in Bophal, die Ermordung Indira Gandhis waren uns nicht gleichgültig. Der Abschuss eines koreanischen Verkehrsflugzeuges, der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan, die innere Lage in Polen beeinflussen aufs einschneidendste das Klima und die Verhandlungsbedingungen der KSZE in Madrid. Die Entwicklung des Min-

derheitenproblems in Sri Lanka halten auch uns in Atem, und wir sind durch die tamilischen Flüchtlinge in unserem Land direkt damit konfrontiert. Die israelisch-arabischen Kriege hatten sehr direkte Auswirkungen auf unsern Alltag. Wir denken zurück an die Sonntagsfahrverbote und das Tempo 100. Wir beginnen auch in unserem Lande zu realisieren, dass das Verschwinden der tropischen Urwälder in Südostasien und Lateinamerika auch das Klima in unserem Lande aufs nachhaltigste ändern würde, usw.

Die Welt ist ein Dorf geworden, wo man einander (wenn man ein bisschen die Ohren, Augen und Herzen offen hat) nicht gleichgültig sein kann. Und dies ist nicht einmal eine Frage von Humanität oder Altruismus, sondern eine Frage des eigenen Interesses. In diesem Dorf ist die UNO gewissermassen der Dorfplatz, wo man zusammenkommt und redet. Jeder kann kommen, ob gross oder klein, mächtig oder schwach, reich oder arm. Es ist freilich keine Gemeindeversammlung, wo man irgendetwas verbindlich beschliessen könnte. Aber man kann doch miteinander «palavern», ein Problem aufgreifen, Kontakte herstellen mit denen, von denen man sich irgendetwas verspricht, oder von denen man irgendetwas befürchtet und daher lieber vorher mit ihnen reden will. Vielleicht dass sich sogar einmal ein Lösungsvorschlag zu einem kleineren oder grösseren Problem durchsetzt und tatsächlich realisiert wird.

Brauchen wir die UNO?

Die Frage lautet also: Ist es gut, dass es diesen Dorfplatz gibt? Ist er überhaupt nötig? Sicher: es gibt auch sogenannte Schlafstädte, wo niemand etwas vom andern weiss und keiner den

Nachbarn kennt, weil jeder seinen eigentlichen Lebenskreis anderswo, auswärts hat. Aber, um nun wieder auf unsern Planeten Erde zurückzukommen: Hier kann man nicht gut wie in einer Schlafstadt aneinander vorbeileben. Dann es gibt kein Ausserhalb . . .

Aus diesen Gründen hat sich auch die Umgangsart zwischen den Staaten und ihren Vertretern verändert. Frühere Päpste sind z.B. nicht in der Welt herumgereist, wie dies seit Paul VI. Mode geworden ist. Auch unsere Bundesräte haben das Land nicht verlassen. Staatsoberhäupter, Regierungschefs, Außenminister oder Wirtschaftsminister haben einander selten getroffen. Man hat durch Botschafter miteinander verkehrt, also bilateral. Heute ist die multilaterale Diplomatie, auch die Gipfeldiplomatie und die Reisediplomatie, die normale Form, in der Nationen in wichtigen Fragen miteinander verkehren. Die *Multilateralisierung* der diplomatischen und politischen Beziehungen ist die logische Folge der nahezu total gewordenen *Interdependenz* des Geschehens auf unserem Planeten. Die Existenz der UNO ist im Grunde nur der konsequente Ausdruck dieser neuen Lage, wie sie etwa seit dem Zweiten Weltkrieg herrscht.

Global gesehen sind folgende vier Varianten denkbar:

1. Jede Nation macht weiterhin ihre eigene Interessenpolitik, ohne nach links und rechts zu schauen, so als hätte sich nichts verändert. Auf den Versuch gemeinsamer Problemlösungen wird verzichtet – ausser vielleicht zwischen Nachbarstaaten, um kleinere grenzüberschreitende Probleme zu lösen. Es dürfte offensichtlich sein, dass diese Variante heute, bei der Existenz der vielen weltweiten Probleme, unrealistisch ist.

2. Die Welt als Ganzes wird von einer zentralen Stelle der

Macht straff und diktatorisch regiert. Man könnte sagen, dies sei im Interesse der Lösung der so komplex gewordenen Weltprobleme zweckdienlich, ja notwendig. Dazu brauche es eine straffe Ordnung, da sonst das Chaos gänzlich überhandnähme, wenn jede Nation tut, was sie will. Also: die Menschheit der Zukunft in einem totalitären allumfassenden Diktaturstaat. Dann könnte es auch keine Kriege mehr geben, weil nur die zentrale Macht über die militärischen bzw. Polizeimittel verfügte. Es gibt Science-Fiction-Romane, welche von dieser Zukunftsvision ausgehen. Aber auch Friedensforscher wie Carl Friedrich von Weizsäcker haben sich mit dem Gedanken befasst. Weizsäcker erklärt in seinen berühmten Thesen zum Weltfrieden: Der Weltfriede sei eine Überlebensbedingung der Menschheit im technischen Zeitalter. Damit sei aber noch nicht gesagt, dass dieser Friede auch ein Friede im Menschenrecht sein müsste. Es sei auch ein durchaus unmenschlicher Friede denkbar. Wir müssen uns auch vorstellen, dass aus einer solchen Weltdiktatur weder Emigration noch Flucht möglich wäre. – Es dürfte klar sein, dass nach all dem, was wir an Diktatur und Totalitarismus in unserem Zeitalter erlebt haben, diese Variante nicht als wünschbar erscheinen kann.

3. Jede Nation behält relative Selbständigkeit, so wie bei uns die Kantone. Dennoch gibt es zentrale, frei gewählte Behörden (eine Welt-Legislative, eine Welt-Exekutive), welche für die *gemeinsamen* Probleme der Menschheit zuständig sind, für all das was Nationen oder Nationengruppen allein nicht zustandebringen können. Die Weltbehörde hat auch das Monopol für militärische bzw. weltpolizeiliche Gewalt.

Also: Die Menschheit eine Schweiz im Grossen, im Globalmassstab. Dies ist das Ideal der Welt-Föderalisten. Es wäre vielleicht tatsächlich die ideale Lösung. Aber wer die heutige Weltlage kennt, wird sogleich einsehen, dass eine solche Lösung vorderhand unvorstellbar ist. Kann man sich eine USA, eine UdSSR oder auch eine Schweiz vorstellen, die *heute* bereit wären, auf einen wesentlichen Teil ihrer Souveränität zu verzichten?

4. Als Ersatzlösung bleibt dann noch folgende Variante: Es werden wenigstens konsultativ Kontakte gepflegt, um möglichst universal die Weltprobleme unter den Nationen zu besprechen. Es werden Empfehlungen ausgearbeitet, aber keine Nation wird gezwungen, diese Empfehlungen auch zu befolgen. Es wird darauf vertraut, dass vernünftige Lösungen eine gewisse Chance haben, sich durchzusetzen. Dabei ist es wichtig, dass man nicht nur gelegentlich, von Fall zu Fall, sondern mit strikter Regelmässigkeit zusammentrifft, um über die wichtigsten Probleme der Erde zu berichten, und neue Vorschläge zu machen oder zu prüfen.

Eine 5. Möglichkeit sehe ich nicht. Die 4. entspricht ziemlich genau dem, was wir heute haben, nämlich der Existenz der Vereinten Nationen.

Dies ist ungefähr das realistische Bild der UNO, in groben Umrissen gezeichnet, im Unterschied zu dem unrealistischen negativen und dem unrealistischen positiven Bild.

Gegner der UNO

Kürzlich erhielt ich einen Brief von einem älteren Mitbürger, der mir klarzumachen suchte, warum die Schweiz der UNO nicht beitreten sollte. Daraus seien ein paar Sätze zitiert: «Von 1945 bis 1975 wurden 119

Kriege geführt. Die Territorien von 69 Staaten und die Streitkräfte von 81 Staaten waren daran beteiligt. Seither sind neue Kriege entstanden. Der 3. Weltkrieg tobt immer weiter. Was will die Schweiz in einer UNO erreichen, die es nicht einmal fertigbringt, den kleinsten Konflikt zu verhindern? . . . Solange ein paar Grossmächte ein Vetorecht in der UNO haben und die UNO sich nicht in die inneren Angelegenheiten eines Staates mischen darf, ist sie ein machtloses Gebilde, das Geld verschwendet, welches besser für die Millionen von Hungernden dieser Welt verwendet würde. 1980 hat diese UNO einen Bericht herausgegeben, dass in den letzten 30 Jahren ein Drittel des gesamten Waldbestandes abgeholzt worden und ein Drittel des nutzbaren Bodens zur Wüste geworden sei. Da die Menschheit immer mehr zunehme, sei es höchste Zeit, dass etwas geschehen müsse, wenn sie überleben wolle. Dieser Tage stand in der Zeitung, es werde weiter abgeholzt und weiter betoniert. Es ändert sich nichts in der Welt, auch in der UNO nicht.»

Was hier von einem Gegner des UNO-Beitritts festgestellt wurde, stimmt leider weitgehend. Nur die Folgerung daraus müsste gerade umgekehrt lauten. Man muss sich nämlich fragen: Wenn alles so ist, wie es tatsächlich ist, ist es dann besser, dass die Nationen nicht miteinander reden oder dass sie miteinander reden? Wenn man aber zum Schluss kommt, es sei besser, wenn sie miteinander reden, muss man weiter folgern: Es muss ein Forum geben, wo sie regelmässig miteinander reden – denn andernfalls findet das Gespräch eben nicht statt. Dieses Forum existiert seit bald 40 Jahren in Gestalt der UNO. Was in den Feststellungen jenes UNO-Gegners nicht stimmt, sind zwei Dinge:

1. Die UNO verschlinge Geld, welches besser den Hungernden der Welt zufließen würde. Hierzu ist zu bemerken, dass ein Bruchteil der modernen Rüstung, ein einziges atomgetriebenes U-Boot mit Nuklearwaffen mehr kostet als der gesamte Apparat der Vereinten Nationen.

2. Es stimmt nicht, dass die UNO gar keinen Konflikt verhindert hat. Sicher ist richtig, dass sie viele der neueren Konflikte nicht hat verhindern können. Immerhin wird die UNO in vielen Fällen, auch dort wo sie am Schluss nichts ausrichten kann, um ihre Vermittlung angerufen. Dies ist eben die Situation: Die UNO ist keine eigene Grossmacht, sondern sie ist nur ein Vermittler. Wenn der Vermittler keinen Erfolg hat mit seinen Bemühungen, so liegt das in der Regel nicht an ihm, sondern an den Konfliktparteien, zwischen denen zu vermitteln war. Trotzdem ist es gut und in vielen Fällen nützlich, dass ein solcher Vermittler existiert. In manchen Fällen, wie z.B. in Zypern, hat die Präsenz von UNO-Blauhelmen dazu geholfen, dass grössere militärische Konfrontationen verhindert werden konnten. Aber auch noch grössere, weltweite Gefahrenherde sind durch die Existenz der UNO eingedämmt worden. Erst nachträglich erfuhr man jeweils, dass die Menschheit schon mehrfach am Abgrund einer nuklearen Katastrophe stand.

UNO als Vermittlerin

Vor der vorberatenden Kommission des Nationalrates wies der Vize-Generalsekretär der Vereinten Nationen, Bryan Urquhart, auf den Fall im Jom-Kippur-Krieg hin, als eine ägyptische Armee von den Israelis umzingelt worden und von der Vernichtung bedroht war. Damals hatten die Sowjets bereits Luftlandedivisionen bereitge-

stellt, und die amerikanischen Streitkräfte waren weltweit in Alarm versetzt worden. Die Situation war explosiv. Da reiste der amerikanische Aussenminister Kissinger zu einem Blitzbesuch nach Moskau, wo er mit den Sowjets eine Formel für den Waffenstillstand aushandelte. Im Sicherheitsrat konnte dann diese Formel ohne Veto und einstimmig gutgeheissen werden. Damit war die Gefahr abgewendet. So ist der Sicherheitsrat oftmals das Gremium gewesen, wo die Grossmächte hinter verschlossenen Türen miteinander verhandeln und ihre Position verändern konnten, ohne nach aussen das Gesicht zu verlieren. Ich erinnere mich noch genau, wie Bryan Urquhart beifügte: «Hätte die UNO sonst auch überhaupt nichts geleistet in den 40 Jahren, so würde dieser Moment allein schon ihre Existenz rechtfertigen.»

Zwar ist die UNO seinerzeit um der «kollektiven Sicherheit» willen gegründet worden, da man unter den Siegerstaaten des Zweiten Weltkrieges die Wiederholung eines derartigen Krieges für alle Zukunft verhindern wollte. Auf dem Sicherheitssektor hat die UNO gewisse Leistungen aufzuweisen. Doch hat sich heute das Gewicht verschoben; Vom Gesamtbudget der UNO entfallen heute nur 5% auf ihren Sicherheitsauftrag, 95% dagegen auf die Behandlung globaler Fragen wie Sozialfragen, Menschenrechtsprobleme, Umweltfragen usw.

Eine Zeitlang war es bei uns Mode, zwischen der «technischen» und der «politischen» UNO zu unterscheiden und dabei zu erklären, bei der technischen UNO (d.h. all den Spezialorganisationen: FAO, WHO, UNESCO, usw.) sei die Schweiz ja sowieso schon lange dabei. Nur in der «politischen» UNO (Vollversammlung, Sicherheitsrat) mache sie noch

nicht mit. Heute hat sich diese «Einteilung» der UNO stark verändert: Die wichtigen Weichenstellungen für sogenannte «technische» Programme, oder auch Weiterentwicklungen des Völkerrechtes, werden heute im Schosse der Generalversammlung, also in der «politischen» UNO getroffen.

Der neutrale Kleinstaat in der UNO

Dazu ein Beispiel, welches zugleich auch in anderer Hinsicht interessant ist, weil es zeigt, welchen Einfluss der Kleinstaat und insbesondere der neutrale Kleinstaat in der UNO haben kann: die internationale Seerechtskonferenz. Es war nicht in einem Spezialorgan, sondern in der Generalversammlung, wo der Vorschlag eingebracht wurde: die Weltmeere seien ein «gemeinsames Erbe der Menschheit» und dürften darum nicht einfach willkürlich durch einzelne Nationen im Tiefseebergbau ausgebeutet werden. Eine internationale Behörde sei einzusetzen, um den Tiefseebergbau massvoll und gerecht zu betreiben. Dieser Vorschlag löste einen langen Prozess aus, der schliesslich zu einem grossen Vertragswerk führte. Auslöser des Prozesses war das kleine Malta. Die Durchführung und das Präsidium der Verhandlungskommission lag beim Kleinstaat Singapur. Vorschläge kleinerer Nationen sind oft erfolgversprechender, als wenn Grossmächte oder Mitglieder eines grossen Machtblocks vorstossen. Das Beispiel der Seerechtskonferenz zeigt auch, dass die UNO der Ort ist, wo heute das Völkerrecht, das zwischen den Nationen geltende internationale Recht, weiter entwickelt wird. Die Schweiz war bei der Weiterentwicklung des Völkerrechtes bisher immer ein Pionierstaat. Soll sie sich nun von dieser Ent-

wicklung selber ausschliessen? Aus diesem Grunde gibt es in unserem Lande viele Bürger, Wissenschaftler, Politiker, die der Überzeugung sind, dass die Schweiz sich nicht selber isolieren sollte von der Teilnahme an einem Gespräch, welches weltweit ist und zwischen allen Nationen stattfindet. Dass die Schweiz auch ihre eigenen Interessen besser wahren könnte, wenn sie die Möglichkeit hat, sich an Ort und Stelle selber aktiv zu beteiligen.

Das hier gewählte Beispiel der Seerechtskonferenz ist nur eines von zahllosen. Faktisch ist es heute so, dass alles, was international und weltweit an die Hand genommen wird, im Rahmen der UNO geschieht. Es gibt dafür keinen andern Ort. Als z.B. 1982 in Wien eine wichtige Konferenz über das weltweite soziale Problem der Überalterung der Weltbevölkerung stattfand, geschah dies natürlich im vorgegebenen Rahmen der UNO. Es lässt sich kaum eine wichtige internationale Entwicklung denken, die an der heute universal gewordenen UNO vorbeikommt.

Vielleicht mag es auch einige vertretbare Gründe, vor allem gefühlsmässiger Art, geben, der UNO nicht beizutreten. Sicher gehört die *schweizerische Neutralität nicht* zu diesen Gründen. Österreich hat den gleichen Status der immerwährenden Neutralität wie die Schweiz. Dieses ist ihm durch den Friedensvertrag 1955 diktiert worden. Österreich ruft zu Beginn jeder Generalversammlung der UNO sämtlichen Mitgliedstaaten diese Tatsache neu in Erinnerung. Als völkerrechtlicher Status betrachtet ist die Neutralität in der Schweiz und in Österreich genau (und ausdrücklich!) derselbe, auch wenn die historischen Hintergründe verschieden sind. Österreich gehört aber schon lange zur UNO, spielt dort eine führende

Rolle und gehört als Neutraler zu den Staaten, die man braucht und die man in schwierigen Zeiten um ihre Hilfe und Vermittlung anruft. Im Herbst 1973, während des Jom-Kipur-Krieges, musste Österreich im schwierigsten Moment den Vorsitz des Sicherheitsrates übernehmen. Der damalige österreichische UNO-Botschafter hat mir wiederholt versichert, dass dies die österreichische Neutralität in keiner Weise tangiert habe.

Gelegentlich wird behauptet, die Schweiz müsste sich als neutraler Staat in der UNO bei allen wichtigen Abstimmungen der Stimme enthalten. Die schweizerische Erfahrung selber zeigt, dass dies in keiner Weise stimmt: In der KSZE (zuletzt in Madrid) und in der KVAE (jetzt in Stockholm stattfindend) ist die Schweiz vollberechtigtes Mitglied. Sie denkt nicht daran sich wegen ihrer Neutralität passiv zu verhalten, sondern spielt im Ge-

genteil die aktive Rolle der Vermittlung und der guten Dienste als eine wichtige Nation im Kreise der sogenannten N+N (Neutrale und Nichtblockgebundene). Dies ist die dritte Gruppe neben den Nato-Staaten und den Staaten des Warschauer Pakts. Es ist die Gruppe von der meistens die wichtigen Vorschläge ausgehen. Die eigene Erfahrung der Schweiz zeigt, dass Neutralität nichts zu tun hat mit Standpunktlosigkeit.